

# Escher Tageblatt

Demokratisches Organ für die Interessen des Kantons Esch

avec le  
soutien de

JEANTET ASSOCIÉS  
AVOCATS

BGL  
BNP PARIBAS

1913-2013: Schule und Schulreform im *Tageblatt*

## Zwischen Politik, Polemik und Partizipation (I)

Thomas Lenz\* und Peter Voss\*

In einem Land, in dem fast Jeder fast Jeden kennt, steht das politische Leben im Allgemeinen und die politische Berichterstattung im Besonderen vor einigen schwierigen Herausforderungen. Diese Schwierigkeiten beschrieb Felix Thyes in einem Essay bereits 1854 so hellsichtig, dass seine Worte auch heute noch Gültigkeit beanspruchen können: „Die ganz kleinen Staaten, wie das Großherzogtum Luxemburg, haben gleichzeitig den Vor- und Nachteil, dass man in ihnen das Räderwerk und die Fäden besser erkennen kann, mit Hilfe derer regiert wird. Die Kämpfe der Parteien haben einen intimeren Charakter, sie sind persönlicher als in großen Ländern. Die Staatsmänner, die andernorts glänzen und strahlen, sind hier einfache Sterbliche, ohne Heiligenschein, verletzlich und fehlbar; man kennt sie seit ihrer Kindheit, man trifft sie, man spricht jederzeit mit ihnen; sie sind die Mitschüler, die Nachbarn eines jeden gewesen. Hier sind keine Illusionen mehr möglich“<sup>1</sup>. Diese intime Nähe birgt ganz spezifische Chancen und vor allem auch Risiken für einen professionellen Journalismus. Der Soziologe Jeff Kintzelé beschrieb diese in einem Beitrag für das *Letzeburger Land* 1994 folgendermaßen: „Le journalisme à la luxembourgeoise se caractérise par son caractère inoffensif. [...] Les gens se connaissent. [...] Le journaliste au Luxembourg joue dans le tissu social un rôle particulier. Il s'agit d'un homme informé, souvent initié dans les secrets de Dieu. Il n'est pas un simple spectateur qui relate et interprète les faits qu'il observe. Il est un acteur qui a sa partie à jouer dans la vie politique, culturelle et sociale du pays.“

Während der Journalismus in Luxemburg, so Kintzelé, insgesamt vergleichsweise harmlos sei, sei die Position des Journalisten weniger die eines Beobachters als vielmehr die eines politischen Akteurs. Die von Kintzelé vermutete Harmlosigkeit erkläre sich dabei aus der Nähe der politischen, kulturellen und journalistischen Akteure zueinander, die Vermischung von Journalismus und politischem Handeln sei durch die spezifisch luxemburgischen Presseverhältnisse zu erklären. Die luxemburgische Presse war und ist bekanntermaßen vor allem eine Parteipresse, die zudem über staatliche Hilfen üppig subventioniert wird und das *Tageblatt*, mit seiner Nähe zur LSAP und zum OGB-L bildet hier natürlich keine Ausnahme. Anhand der Berichterstattung des *Tageblatts* zum Thema Schule und Schulreform in Luxemburg innerhalb der letzten hundert Jahre wird im Folgenden gezeigt, dass und wie das *Tageblatt* politisch Position bezogen und für bestimmte Inhalte gekämpft hat. Ob es dabei immer so harmlos geblieben ist - wie von Kintzelé insinuiert - darf dabei getrost bezweifelt werden.

In einem ersten Schritt zeigen wir, inwiefern das Thema Schule schon für die Gründungsredakteure des *Tageblatts* ein zentrales war um dann die Entwicklung der Schulberichterstattung über einen Zeitraum von 100 Jahren zu beleuchten. Wir analysieren hierzu die Diskussion um das Schulgesetz von 1912, die Debatte um Neuanfang und Kontinuität nach 1945, die Auseinandersetzungen um den „tronc commun“ 1974, und schließlich den Streit um PISA und die Schulreform von 2009. Dabei zeigt sich sehr deutlich, dass nicht nur die Schulpolitik selbst, sondern auch die Berichterstattung über diese ein Kind der jeweiligen Zeit ist.

### Tageblatt und Schule:

#### Demokratische Aufklärung als Programm

Das *Escher Tageblatt* betrachtete sich dezidiert als politischen Akteur und als Sprachrohr des sozialdemokratischen Fortschritts. Von Anfang an nahm die Schulberichterstattung daher einen großen Raum ein. In der „8.

Richtlinie“ des in der ersten Ausgabe der Zeitung vom 30. Juni 1913 veröffentlichten Redaktionsprogramms heißt es: „Das *Escher Tageblatt* vertritt und verteidigt alle Maßnahmen, die die Bildung und den Unterricht des Volkes fördern und heben; es bekämpft alles, was gegen die Vermehrung der Volksbildung, was gegen die Verbreitung, die Hebung und Förderung des Volksunterrichtes ist.“<sup>2</sup>

Dieses schul- und bildungspolitische Engagement des *Escher Tageblatts* ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Zeitung im Wesentlichen von Volksschullehrern „gemacht“ wurde. Nicolas Wolff, der erste von Verleger Paul Schroell berufene Chefredakteur, arbeitete als Lehrer in Bonnevoie. Auf ihn folgte noch im September 1913 Frantz Clément, Lehrer in Luxemburg-Grund. Clément war Gründungsmitglied des *Allgemeinen Volksbildungsvereins* für das Großherzogtum Luxemburg und 1911 Mitbegründer der linksliberalen Wochenzeitung *Neue Zeit*, die bezeichnenderweise von einer *Société anonyme d'éducation populaire* herausgegeben wurde. Clément Vetter, Hubert Clément, seines Zeichens ebenfalls Volksschullehrer in Esch/Alzette, verfasste ab 1913 Beiträge für das *Escher Tageblatt*<sup>3</sup>.

Als Frantz Clément wegen des Vorwurfs deutschfeindlicher Äußerungen bei Kriegsbeginn 1914 auf der Festung Ehrenbreitstein bei Koblenz für einige Wochen inhaftiert wurde und nach der Entlassung aus der Haft seine journalistische Tätigkeit für die Dauer des Krieges ruhen lassen musste, übernahm der *Escher* Grundschullehrer François-Joseph Felten von 1916 bis 1918 die Funktion des Chefredakteurs beim *Tageblatt*. Clément selbst arbeitete von 1918 - 1924 in seiner alten Funktion erneut für die Zeitung. Sein Vetter Hubert Clément wurde 1928 zum Direktor des *Escher Tageblatts* ernannt; dessen Frau, die Grundschullehrerin Henriette Clément-Besseling zeichnete später für die *Frauenseite* des *Tageblatts* verantwortlich<sup>4</sup>.

Beim *Escher Tageblatt* waren damit die Führungspositionen mit engagierten Pädagogen besetzt, die in der Volksbildungsbewegung verankert waren. Die Zeitung, die sich als „demokratisches Organ für die Interessen des Kantons Esch“ verstand, vertrat nicht zuletzt den Anspruch der Bevölkerung des Minette-Gebietes, aber auch des Großherzogtums insgesamt auf eine zeitgemäße aufklärerische Bildung. Dabei hatte man aber nicht nur die Schule im eigentlichen Sinne im Blick. Es ging vielmehr um eine über die Institution Schule und ihre direkten Akteure hinausgehende „Verbreitung der Erziehungswissenschaften“. Diesen Anspruch verdeutlichte Hubert Clément im Sommer 1913 in einer Artikelserie mit dem Titel „Demokratische Pädagogik. Erziehung und Unterricht“<sup>5</sup>. Die Ursache für eine häufig beklagte mangelhafte Erziehung der Jugend diagnostizierte der Autor in einer weitverbreiteten Unterschätzung der „Erziehungskunst“ durch fast alle Beteiligten, insbesondere jedoch der Eltern. Noch so hohe und noch so gut gemeinte Investitionen in Schule und in Lehrkräfte, die „durch die Ansprüche, welche an die moderne Schule gestellt werden (...) mit Arbeit fast überladen“ seien, müssten wirkungslos bleiben, wenn versäumt werde, die Familie als „erste, dauerhafteste und nachhaltigste Erziehungsinstitution“ pädagogisch aufzuklären. Diese Aufgabe müsse in erster Linie von der Presse wahrgenommen werden, der keine geringere Rolle zukomme, als „die Zivilisation der Menschheit zu fördern“.

Wie nahm das *Tageblatt* nun selbst diese erzieherische, demokratische Mission wahr? Ganz allgemein vertraute die Redaktion bereits auf die erzieherische Wirkung der Zeitung insgesamt. Durch eine weitgefächerte gesellschaftspolitische Berichterstattung aus dem In- und Ausland sollte demokra-

tisches Denken gefördert werden. Was Schule und Bildung betraf, so publizierte das Blatt eine Vielzahl an amtlichen Mitteilungen zu Ferien- oder Unterrichtsbeginn, zu Preisverleihungen, Stellenausschreibungen oder Ernennungen von Lehrpersonal. Weiterhin finden sich statistische Berichte über die Schulversorgung im Kanton Esch oder im Großherzogtum, Protokolle der Kammerverhandlungen zum Schulwesen sowie Berichte aus den Lehrerverbänden. Schulische Themen brachten es häufig auf die Seite 1. Ausführliche Beiträge wurden Besonderheiten des luxemburgischen Bildungssystems wie den Vorlehrrklassen, den Fortbildungsschulen der Stadt Luxemburg, der Ackerbauschule in Ettelbrück oder der ländlichen Fortbildungsschule gewidmet. Die Auslandsberichterstattung nahm ebenfalls einen wichtigen Rang ein. Als Bulgarien wegen der Balkankriege 1913 unversehens im Zentrum des internationalen politischen Interesses stand, glänzte das *Tageblatt* mit einem langen, etwas idealisierenden Beitrag über „Das bulgarische Unterrichtswesen.“<sup>6</sup> In späteren Jahren erschienen beispielsweise Artikel über Begabtenförderung in Belgien, die Schule in Elsass-Lothringen, einen bevorstehenden deutschen Schulstreit 1925 oder die von Edouard Herriot geplante Einführung der französischen Einheitsschule<sup>7</sup>.

Schulische Innovationen in Luxemburg wie die Düdelinger Waldschule oder „Reformversuche im französischen Unterricht unserer Primärschulen“ wurden ebenfalls ausführlich diskutiert<sup>8</sup>.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Ende der deutschen Besatzung plädierte das *Tageblatt* für eine schulpolitische Annäherung an Frankreich und eine Förderung des französischen Sprachunterrichts „auf Kosten des Deutschunterrichts“, da sich das luxemburgische kulturelle und ökonomische Leben nach Frankreich wende<sup>9</sup>.

Großen Einsatz zeigte das *Tageblatt* in der Verteidigung der Interessen der Lehrerschaft, die in den 1920er Jahren mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatte. Es brach ebenfalls eine Lanze für die Rechte der verheirateten Lehrerin, deren Statut selbst gegen Ende der 1930er Jahre noch prekär war.<sup>10</sup>

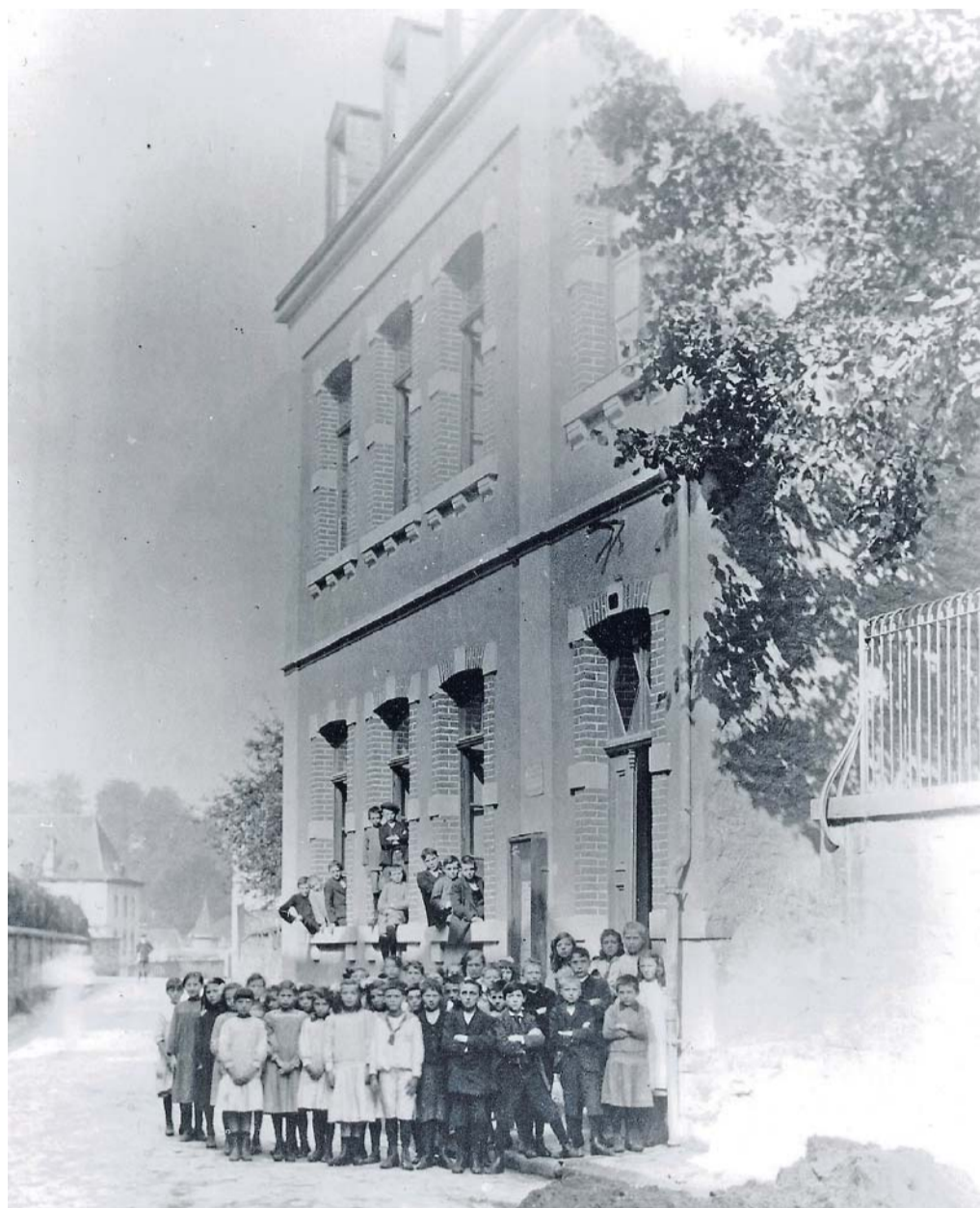
Die Berichterstattung zu allen Themen zeichnete sich durchgehend durch eine engagierte Darstellung aus. In einer Sonderausgabe der Zeitung zum 10-jährigen Jubiläum bescheinigte die Redaktion sich selbst einen „frischen Jungmännerton, mit dem die politischen Ereignisse kommentiert wurden.“<sup>11</sup> In der gleichen Ausgabe attestierte Nicolas Braunschauen, ein der Zeitung eng verbundener luxemburger Gymnasiallehrer, Professor an der Universität Lüttich und späterer Minister des Innern, des Handels und der Industrie, dem *Tageblatt*, dem selbst gesetzten hohen Anspruch einer zukunftsweisenden Schulberichterstattung stets gerecht geworden zu sein<sup>12</sup>.

### Die Diskussion um das Schulgesetz

von 1912

Als die erste Ausgabe des *Escher Tageblatts* am 30. Juni 1913 erschien, war die große Schlacht der luxemburger Schulgeschichte des 20. Jahrhunderts bereits gut ein Jahr zuvor geschlagen worden. Zum Schuljahr 1912-1913 war das Schulgesetz vom 10. August 1912, dite loi Braun, in Kraft getreten, mit dem den Anforderungen des Industriezeitalters an eine moderne Schulbildung Rechnung getragen werden sollte<sup>13</sup>.

Während im Hinblick auf die pädagogischen Innovationen des neuen Primärschulgesetzes sowie im Hinblick auf die Reform der Lehrerbildung relative Einigkeit zwischen den politischen Lagern bestand, entzündete sich in der Frage des Religionsunterrichts und der Rolle des Kleirus' in der reformierten Volksschule ein unversöhnlicher



Photothèque de la Ville de Luxembourg, 1912/2/1168

Die Primärschule von Pulvermühle, 1912.

Streit zwischen der klerikalen Partei auf der einen Seite und dem liberalen und sozialdemokratischen Lager auf der anderen. Das Schulgesetz befreite die weltliche Lehrerschaft von der Erteilung des Katechismusunterrichts und von der geistlichen Schulaufsicht. Der Religionsunterricht sollte zukünftig wieder ausschließlich von Klerikern erteilt werden. Weiterhin konnten die Schüler sich auf Antrag von der Teilnahme am Religionsunterricht dispensieren lassen. Die katholische Kirche Luxemburgs unter Leitung ihres Oberhirten Bischof Johannes Joseph Koppes interpretierte das Gesetz jedoch als eine deutliche Beschneidung angestammter Rechte und als Versuch, im Großherzogtum eine „Schule ohne Gott“ einzurichten und untersagte ihren Geistlichen, die Primärschulen Luxemburgs zu betreten. Der Religionsunterricht fand fortan außerhalb der Schule in kirchlichen Gebäuden, in Beihilfeeinrichtungen oder auch gar nicht statt. Erst unter Bischof Pierre Nommesch konnte 1921 der Konflikt zwischen Kirche und Staat in Form eines Kompromisses beigelegt werden. Es wurde beschlossen, dass Lehrer nun Religionsunterricht erteilen konnten, wenn sie dies wünschten.

Schulfragen und insbesondere die Einrichtung einer Volksschule stellen zu allen Zeiten eine hochpolitische Angelegenheit dar. Im nahezu homogen katholischen Großherzogtum Luxemburg besaß die Schulfrage um die Wende zum 20. Jahrhundert eine besondere Brisanz. In der Vorbereitungsphase des Schulgesetzes von 1912 und darüber hinaus entwickelte sie sich zur eigentlichen gesellschaftlich-politischen Wasserscheide zwischen einem konservativ-klerikalen und einem liberal-sozialdemokratischen Lager, die sich unversöhnlich gegenüber standen. Die Gründung von politischen Parteien, die es in dieser Form bis dahin in Luxemburg nicht gegeben hatte, ist letztlich auf den „Schulkampf“ zurückzuführen. Die Auseinandersetzungen wurden dabei in äußerst polemischer Form über die Presse ausgetragen und gingen, beispielsweise auf kirchlicher Seite bis hin zur Androhung von Exkommunikation und Indexierung unliebsamer Tageszeitungen. Der Streit nahm nach der Verabschiedung des Gesetzes erst recht an Schärfe zu und sollte bis in die 1930er Jahre hinein kaum an Intensität verlieren.

Das *Escher Tageblatt* gehörte zu den entschiedensten Verfechtern des neuen Schulgesetzes, das als politischer Sieg der gerechten Sache verbucht werden konnte, auch wenn es von der Linken bestenfalls als „einigermaßen be-

friedigender Abschluss“ des Kampfes „für die richtig verstandenen Interessen der Schule und des Lehrers“<sup>14</sup> und ein im Grunde immer noch religiös-klerikales Gesetzeswerk wahrgenommen wurde. In direkter Opposition zum *Luxemburger Wort*, dem Zentralorgan des klerikalen Lagers, beteiligte sich das *Escher Tageblatt* in einer Sprache an der Debatte, für die die Bezeichnung „frischer Jungmännerton“ noch eine freundliche Untertreibung darstellt. Die Polemik des *Tageblatts* ist allerdings nicht ohne diejenige des *Worts* zu verstehen. Beide Organe waren einander in tiefer gegenseitiger Abneigung, ja Verachtung verbunden. Das klare Feindbild und der weltanschauliche Gegner, den man nur allzu gut persönlich kannte, schärfte die Wahrnehmung und würzte die Berichterstattung. Genüsslich wurden die Verlautbarungen des gegnerischen Lagers seziert und in perfekter Dialektik wortreich ad absurdum geführt. Leitmotiv der Berichterstattung des *Escher Tageblatts* war dabei die Entlarvung der jahrelangen Boykothaltung der katholischen Geistlichkeit als zutiefst unchristlicher Attitüde, die zu Lasten der Schulkinder ging.

Rechnete das *Wort* vor, dass die sieben Geistlichen von Esch unmöglich an den 52 Schulen der Stadt insgesamt 208 Religionsstunden in der Woche erteilen könnten, dann bewies das *Tageblatt* kasuistisch das Gegenteil.<sup>15</sup> Führte das *Wort* eine Häufung von Diebstählen, die angeblich von jungen Burschen verübt worden waren, darauf zurück, dass die 10 Gebote Gottes nicht mehr geachtet würden, argumentierte das *Tageblatt* damit, dass die vor 1912 besuchten Jugendlichen durchaus Religionsunterricht genossen hätten. Außerdem sei es in erster Linie Aufgabe der Geistlichkeit und nicht der Lehrerschaft, „Religion ins Land zu schaffen“.<sup>16</sup> Bei einem Mordfall im Ausland, der als Indiz für eine um sich greifende religiöse Verwahrlosung herhalten sollte, wies das *Tageblatt* nach, dass einer der erwachsenen Täter Schüler einer katholischen Privatschule gewesen war, usw.

Dass Bischof Koppes auf dem deutschen Katholikentag in Metz 1913 den Luxemburger Schulstreit thematisierte, um dann das Ausland - „und ausgerechnet Preußen“ - zu Hilfe zu rufen, betrachtete das *Tageblatt* als besonders infam. Koppes hatte sich sogar zu der Behauptung verstiegen, Industrielle aus dem Süden des Landes hätten absichtlich mit Hilfe der Schulfrage einen Kulturkampf vom Zaun gebrochen, um sich in der dadurch ausgelösten Verwirrung unbemerkt Minette-Konzessionen des luxemburgischen Staates aneignen zu können. Diese Aussage

brachte ihm einen Prozess und die Verurteilung zu Entschädigungszahlungen in Höhe von 1500 Fr. an jeden der 13 Kläger aus Esch ein<sup>17</sup>.

Den eigentlichen Hintergrund des Konflikts brachte das *Tageblatt* im Frühjahr 1914 treffend auf den Punkt: „Die Unzufriedenheit der Klerikalen mit dem neuen Schulgesetz gründet sich darauf, daß der Lehrer, dessen Pensum durch die Einführung neuer Unterrichtsfächer bedeutend vermehrt wurde, nicht mehr mit dem religiösen Unterricht betraut werden kann und der Pastor die Arbeit, für die er bezahlt wird, selbst verrichten muß und die Bevormundung des Lehrers durch den Geistlichen aufgehört hat.“ Wenn der Geistliche „früher so eine Art Ortsschulinspektor“ gewesen sei, „was zu vielen bedauerlichen Konflikten“ geführt habe, so stelle „die restlose Scheidung der Befugnisse von Lehrer und Pfarrer in der Tätigkeit der Jugenderziehung (...) einen der größten Vorzüge des neuen Schulgesetzes dar“.<sup>18</sup>

Als die Kirche 1921 Verhandlungen mit dem Staat aufnahm, um sich aus der untragbar gewordenen schulpolitischen Isolierung zu befreien, verfolgte das *Tageblatt* die Gespräche mit Argwohn, warnte aber vergeblich davor, kampflös Positionen aufzugeben.<sup>19</sup>

Die langlebige Virulenz des Schulkonflikts zeigt sich auch darin, dass die Stadt Esch/Alzette unter Bürgermeister Hubert Clément am 21. Oktober 1937 - allem Anschein nach - als einzige Gemeinde des Großherzogtums eine Schulgesetz-Feier zum 25. Jubiläum des Braun'schen Gesetzes veranstaltete.<sup>20</sup> Zur gleichen Zeit veröffentlichte das *Tageblatt* eine wahrscheinlich von Clément redigierte 13-teilige Artikelserie über „Das Schulgesetz Braun im Werden und Vergehen. 14. Oktober 1912 - 14. Oktober 1937“.<sup>21</sup> Ausgehend von dem „liberalen Gesetz von 1881“ (*Loi Kirpach*), dessen Bestimmungen zum Religionsunterricht durch die „Schmachnovelle von 1898“ wieder zurückgenommen wurden, wurde die Genese des Braun'schen Reformwerks von 1912 im Detail nachgezeichnet. Die pädagogischen Errungenschaften in Form des Unterrichtsprogramm (Einführung des naturwissenschaftlichen Unterrichts sowie der Schulfächer Turnen und Luxemburgisch), der Schulpflicht (Verlängerung der Schulpflicht auf 7 Schuljahre und Einführung eines fakultativen 8. Schuljahrs), des unentgeltlichen Schulbesuchs, der Verlängerung der Lehrerausbildung an der Ecole Normale auf 4 Jahre sowie der Neudefinition des Verhältnisses von Kirche und Staat werden gewürdigt. Die durch den „politischen Verräter“ Joseph Bech im Jahr 1921 zu verantwortenden Zugeständnisse an die Kirche bezeichnete die Zeitung als „Sabotage“. Besonders erzürnt zeigte sich das *Tageblatt* über die durch großherzoglichen Beschluss erfolgte Ernennung von 5 nicht-diplomierten Hilfsschwestern zu Professorinnen an der Lehrerinnen-Normalschule im Jahre 1922 und durch die Quasi-Aufwertung der Lehranstalt von Sainte-Sophie zum Lehrerinnenseminar. So sah der Autor des *Tageblatt* im Jahre 1937, „Stück für Stück unseres so vielverheißenden Gesetzes Braun verloren“ gehen, vertraute aber darauf, „daß der Verfall des Gesetzes Braun bald einem freudigen Wiederaufbau Platz mache“. Einen beispiellosen Verfall sollte das luxemburgische Primärschulwesen kurz darauf in den Jahren 1940 - 1944 erleben, aber dieser Niedergang ist nicht auf den klerikalen Schulkampf, sondern auf die deutsche Besatzungsmacht zurückzuführen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nahm das Schulwesen des Großherzogtums eine beeindruckende Entwicklung. Das Braun'sche Schulgesetz von 1912 sollte aber erst 2009 durch das Reformwerk der Ecole fondamentale ersetzt werden.

\*Dr. Thomas Lenz (geb. 1975) hat Soziologie, Germanistik und Politikwissenschaft an den Universitäten Trier und Köln studiert und als Dozent in Deutschland, den USA und Rumänien gearbeitet. Momentan ist er assistant-chercheur an der Universität Luxemburg und arbeitet dort zu Fragen der Bildungssoziologie.

\*Dr. Peter Voss (geb. 1961) studierte Geschichte und Romanistik an den Universitäten Trier, Bielefeld und Bordeaux III. Nach beruflichen Stationen am Institut für Europäische Geschichte Mainz und am Institut für Demoskopie Allensbach arbeitet er heute als assistant-chercheur an der Universität Luxemburg auf dem Gebiet der Historischen Bildungsforschung.

Cet article parait aujourd'hui dans sa version abrégée. La version complète sera publiée dans le livre „Un journal dans son siècle“ (livre II de la collection „Le siècle du Tageblatt“), qui sortira en novembre 2013.

1 Felix Thyes (1854): Essai sur la poésie luxembourgeoise. Hg. von Frank Wilhelm, Mersch 1996., S. 84 (Übersetzung durch Anne Elsen)

2 „Unser Programm“, *Escher Tageblatt* (ET), No.1, Montag, 30. Juni 1913, S. 1.

3 Zur Gründungsgeschichte des *Tageblatt* vgl. die Beilage zum 10jährigen Gründungstag: 30.6.1923: *Tageblatt* 1913 - 1923. 10e anniversaire de la création du Journal d'Esch“; zu F. Clément, vgl.: Schmit, Sandra: Clément, Frantz, in: *Luxemburger Autorenlexikon*, <http://www.autorenlexikon.lu/page/author/207/2079/DEU/index.html>; zu H. Clément; vgl.: Conter, Claude D.: Clément, Hubert, in: *Luxemburger Autorenlexikon*, <http://www.autorenlexikon.lu/page/author/327/3276/DEU/index.html> (letzter Zugriff: 25.7.2013).

4 Zu Henriette Clément-Besseling, vgl.: Goetzing, Germaine: Clément-Besseling, Henriette: in: *Luxemburger Autorenlexikon*, <http://www.autorenlexikon.lu/page/author/199/1996/DEU/index.html> (letzter Zugriff: 25.7.2013).

5 Vgl. *Escher Tageblatt*: „Demokratische Pädagogik. Erziehung und Unterricht“, 12. und 28.7.1913, 25.9.1913 und 7.10.1913.

6 ET, 21.7.1913: „Das bulgarische Unterrichtswesen“.

7 ET, 23.08.1922: „Die Förderung der Begabten in Belgien“; ET, 19.10.1925: „Ein deutscher Schulstreik in Sicht“; ET, 14.5.1926: „Die Schule in Elsaß-Lothringen“; ET, 18.11.1927: „Die französische Einheitsschule“.

8 ET, 15.7.1914: „Die Düdelinger Waldschule“; ET, 17.11.1936: „Reformversuche im französischen Unterricht unserer Primärschulen“.

9 ET, 21.1.1919: „Unterrichtsfragen“.

10 ET, 27.8.1938: „Die verheiratete Lehrerin“; 8.2.1939: „Ein wichtiger Streitfall um Lehrerinnen und Schulgesetz“.

11 ET, 30.6.1923: „30. Juni 1913 - 30. Juni 1923. Ein Rückblick“.

12 ET, 30.6.1923: „Das ‚Tageblatt‘ und die Schule“.

13 Zur Geschichte des Schulgesetzes von 1912 vgl.: Moes, Régis, *L'école luxembourgeoise dans la tourmente*, in: 1912 - 2012. Histoire d'une lutte scolaire. Luxembourg (2012), S. 7-25; Maas, Jacques, *La loi scolaire de 1912. Un enjeu politique majeur*, in: 1912 - 2012, S. 26-32. Vgl. Kirsch, E., Maas, J. et Reding, J.-C., *La loi Braun de 1912: La libération de l'instituteur. Recueil de mémoires publiés à l'occasion du 75e anniversaire de la loi scolaire de 1912*. Luxembourg (1987).

14 ET, 21.2.1936: „Beerdigung des Ehrenpräsidenten des Luxemburgischen Lehrerverbandes Mathias Adam“.

15 ET, 12.12.1914: „Um das Schulgesetz. Wer kneift aus?“.

16 ET, 24.1.1916: „Freie Tribüne“.

17 ET, 24.7.1913: „Ein bischöfliches Protestschreiben“.

18 ET, 6.5.1914: „Geistliche und Schulaufsicht“.

19 ET, 23.4.1921: „Ums Schulgesetz“; 25.4.1921, S. 1: „Um eine Wahlplattform“.

20 ET, 23.10.1937: „Die Escher Schulgesetzfeier“.

21 Vgl.: Ausgaben des *Escher Tageblatt* vom 13. - 27.10.1937.

avec le  
soutien de

JEANTET ASSOCIÉS  
AVOCATS

BGL  
BNP PARIBAS

Schule und Schulreform im Tageblatt

# Zwischen Politik, Polemik und Partizipation(II)

Thomas Lenz \* und Peter Voss \*

## Neuaufbau des Schulwesens 1944 - 1950

Nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft stellte sich im Großherzogtum Luxemburg wie auch in anderen vormals besetzten Ländern, die Frage, ob beim Wiederaufbau der Schulen das Vorkriegsschulwesen weitgehend übernommen und behutsam reformiert oder auf sozialistischer Basis weiterentwickelt werden sollte. Das *Tageblatt* erwies sich in dieser Frage als Sprachrohr der Arbeiterpartei, deren Forderungen allerdings weit von einem radikalen gesellschaftlichen Umbau entfernt waren. Herrschte im Herbst 1944 noch ein gewisser schulpolitischer Konsens, der sich beispielsweise in der Freude über die Wiederaufnahme des Französischunterrichts zeigte, „Wir lernen wieder Französisch“<sup>1</sup>, wurde die Redaktion des *Tageblatts* jedoch bald von „sozialistischen Schulsorgen“<sup>2</sup> geplagt. „Der neue Wind im Schulwesen“, der nach Ansicht des Bildungsministeriums mit dem Inkrafttreten des langerwarteten neuen Lehrplans im Herbst 1947 wehen sollte, entpuppte sich nach Lesart des *Tageblatts* eher als ein laues Lüfchen aus altbekannter Richtung<sup>3</sup>. Der vierstündige Religionsunterricht nahm wieder eine prominente Stellung im Curriculum ein; die durch die „Doppelsprachigkeit“ des Großherzogtums bedingte Sprachlastigkeit des Lehrplans reduzierte zudem den Unterricht in den Realien, „welche die geistige Reife der Kinder fördern“, auf ein Minimum.<sup>4</sup> So war, beispielsweise, der naturwissenschaftliche Unterricht 1947 abgeschafft worden. Dennoch erschien der Lehrplan im Hinblick auf den Unterrichtsstoff völlig überladen.

Diesem Programm hatte das *Tageblatt* bereits 1945 die von der Luxemburger Arbeiterpartei vertretenen „Demokratischen Grundsätze in der Schule“ gegenübergestellt. Eckpfeiler dieses Programms waren: die Ausdehnung des obligatorischen Unterrichts bis zum 17. Lebensjahr, der in der Primärschule als Einheitsschule erfolgen sollte, die obligatorische und paritätisch geleitete Berufsberatung, der Ausbau der bestehenden gewerblichen und technischen Schulen sowie die bessere Organisation der Mittelschulen<sup>5</sup>.

Konkret forderte man die Einführung eines 9. Schuljahres; die Kürzung des Religionsunterrichts zu Gunsten von Naturwissenschaften, Landesgeschichte, Geographie, Zeichnen und Musik; die familienfreundliche Verlegung der schulfreien Nachmittage von Dienstag und Donnerstag auf Mittwoch und Samstag; und mit ganz besonderem Nachdruck einen Turnunterricht, der diesen Namen auch verdiente. Dieser sollte ausschließlich durch ausgebildete Sportlehrer (*Moniteurs*, *Monitrices*) und nicht durch unsortliche Absolventen der Normalschule erteilt werden<sup>6</sup>.

Mit diesem Programm wollte man der Dominanz eines rein „geistigen“ Wissens begegnen und die Harmonie eines ausgeglichenen Lernprozesses von Geist und Körper, von Intellekt und manueller Betätigung herstellen. Die Schule als „Arbeitsschule“ sollte „lebensnahen“ Unterricht anbieten, wie man ihn beispielsweise in England und in den Vereinigten Staaten verwirklicht sah<sup>7</sup>. Die Institution der Luxemburger Schule, die „als eine Welt für sich (...) ein in sich fest abgeschlossenes Dasein“ führte, sollte mit „der Welt von draußen“ in Verbindung gebracht werden<sup>8</sup>. Für das *Tageblatt* war diese reale Welt wesentlich durch die Stahlindustrie und den Antagonismus von Kapital und Arbeit geprägt. Damit vertrat die Zeitung mit Engagement die Bildungsinteressen der Minette-Metropole Esch/Alzette, der „wirtschaftlichen Hauptstadt des Landes“<sup>9</sup>, die „in sozialer Hinsicht (...) stets bahnbrechend gewesen war“<sup>10</sup>, und die Interessen der Luxemburger Arbeiterschaft, was sich auch in einer ausführlichen Berichterstattung über gewerbliche und berufliche Ausbildung, die Förderung des Lehrlingswesens und die Arbei-

### Wat? Wien? Wou? Wéi?

<p><b>Wat alles an der Welt geschitt</b></p> <p>Wien gëschter eng Medaille huet kritt</p>	<p><b>Wat dës Woch am Kino leeft</b></p> <p>Wou nees gouf eng Schoul gedeeft</p>
<p><b>Wéi se sech an der Chamber verdroen</b></p>	<p><b>Wat d'Gewerkschaften derzou soen</b></p>
<p><b>Wien dee schéinste Goal geschoss</b></p>	<p><b>Wat de Schlappokino bitt</b></p>
<p><b>a wat dës Woch huet verdross</b></p>	<p><b>A wou een ze danze kritt</b></p>

Aus- an Inlandsnorienten, Oemfroen a Berichter, Lokales a Liesermeenongen Kultur a Sport, Film an Televisioun...

't steet am tageblatt

terbildung im Allgemeinen widerspiegelt.

Die Reformbedürftigkeit der Luxemburger Schule blieb auch in den folgenden Jahren eine Konstante der publizistischen Arbeit der Zeitung aus Esch. Das *Tageblatt* wurde nicht müde, die Verabschiedung von einer „althergebrachten Schulidee“ und eine „Neuorientierung unserer Schule“ zu fordern.<sup>11</sup> Die politischen Machtverhältnisse der ersten Nachkriegsjahrzehnte verhinderten die Realisierung dieses Zieles. Mit dem von ihm vertretenen „lebensnahen“ Schulreformkonzept, das sich gegen reine „Sitz- oder Büro-Schulen“ und gegen das „Platz-System“ richtete, also eines Systems, das den „Wert oder Unwert eines Menschen (...) an einem Satzfehler, einem ausgelassenen Buchstaben, einer falschen Addition oder einem zufälligen Konzentrationsmangel“ festmachte, stand das *Tageblatt* jedoch in einer Gesellschaft, in der anscheinend „jedermann Beamter werden“ wollte, auf verlorenem Posten.<sup>12</sup>

## Die späten 70er Jahre: Die Debatte um „tronc commun“ und die (beinahe) vergessene Gesamtschule in Luxemburg

Als sich nach den Kammerwahlen von 1974 die CSV, wiewohl immer noch stärkste Partei, entschloss, in die Opposition zu gehen, bot sich für die LSAP die Gelegenheit gemeinsam mit der DP die Regierung zu stellen. Robert Krieps übernahm für die Sozialisten das Justiz- und das Bildungsministerium und leitete umgehend einige tiefgreifende Reformen im Primar- und vor allem im Sekundarschulbereich ein. So stärkte die LSAP den technischen Unterricht, führte ein umfangreiches Stipendien-system ein und gründete ein „Pädagogisches Forschungszentrum“, um den Unterricht an luxemburgischen Schulen mit Hilfe wissenschaftlicher Begleitforschung zu verbessern. Zudem wollte die LSAP die scharfe Selektion der Schüler am Ende der Grundschule überwinden und durch ein System von verschiedenen Lernniveaus an den weiterführenden Schulen das „gemeinsame Lernen“ stärken und den einfacheren Wechsel von einem Niveau zum anderen ermöglichen. Mittel hierzu sollte das Gesetz zum „tronc commun“ werden, das ab 1976 in der Öffentlichkeit debattiert wurde und auf die Einführung einer Gesamtschule in Luxemburg hinauslief.<sup>13</sup> Ähnlich wie in Deutschland entwickelte sich die Debatte um die Gesamtschule in Luxemburg schnell zu einem ideologisch aufgeladenen Schulkampf. Auf der einen Seite standen die Befürworter des Konzeptes, die sich eine egalisierende und emanzipatorische Wirkung der neuen Schulform versprachen, auf der anderen Seite standen die Gegner, die eine Absinken des Lernniveaus an den Sekundarschulen befürchteten. Das *Luxemburger Wort*, als Sprachrohr der CSV sowie der katholischen Kirche und der ihr unterstellten Privatschulen, schlug sich dabei auf die Seite der Gegner, das *Tageblatt* hingegen unterstützte den „tronc commun“ mit großer Leidenschaft. Insbesondere der junge *Tageblatt*-Journalist (und spätere LSAP-Parteisekretär und Minister) Mars Di Bartolomeo wurde zum entscheidenden Befürworter des „gemeinsamen Lernens“ und kommentierte und berichtete ebenso engagiert wie partei-sch.

Insgesamt folgte das *Tageblatt* weitgehend der LSAP-Linie, lediglich die mächtige Beamten-gewerkschaft OGB-L durfte im *Tageblatt* regelmäßig die Schulpolitik der Regierung kritisieren - vor allem weil ihr die Reformen nicht schnell genug gingen. Auf der anderen Seite des Grabens standen die Redakteure des *Luxemburger Wort* und hier war es die Parteibeilage *CSV-Profil*, die eine übermäßige polemische Schärfe in die Auseinandersetzung um die richtige Schulform brachte. So beschrieb der ehemalige Staatssekretär Guy Linster in einem Beitrag für das *Tageblatt* vom 04.10.1980 den politischen Sprachgebrauch des *Wort* und der CSV Anno 1976 als von „grobschlächtiger Demagogie, undifferenzierter Polemik“ und „aus der Luft gegriffenen, persönlichen Anrempelungen“ geprägt. Er belegt diese Einschätzung mit einigen Zitaten aus dem *Luxemburger Wort*, in dem anonym bleibende Autoren („Argus“, „Criticus“, „Vindex“ usw.) mit heftigen Worten die Schulreformen der Jahre 1976ff. kritisieren. Von „ahnungswürdigen marxistischen Roßkuren“ und „Verdummungsplänen der willfähigen Handlanger roter Gewerkschafts-tribüne“ ist dort die Rede. Linster selbst wird gar mit einem „Parteisekretär aus Russland“ verglichen. Und auch wenn die Polemiker des *Wort* anonym veröffentlichen durften, blieben sie im klei-

nen Luxemburg natürlich nicht lange unerkannt - es waren wohl mehrheitlich Sekundarschullehrer, die ihrem Unmut über die Schulreform öffentlich Luft machten.<sup>14</sup> Aber auch das *Tageblatt* griff in der Debatte um den „tronc commun“ häufig nicht zum rhetorischen Florett, sondern zur polemischen Keule. So schimpfte Alvin Sold in einem Kommentar zur Wahl am 04.05.1979 über die „CSV Bonzen“ und „schwarzen Herren“, die mit Hilfe der „Bistums- und „kühelweise Dreck“ über Sozialisten und Liberalen ausgeschüttet hätten und Cornel Meder bezeichnete in seinem Artikel „Wie kommt der Tronc Commun?“ am 22.05.1979 die CSVler als „Angstmacher“ und Absender von „Drecksschleudergeschossen“. Ausgelöst wurde diese Lawine an Beschimpfungen, Unterstellungen und Anfeindungen durch den Versuch der LSAP das Schulsystem in Richtung Gesamtschule zu verändern. Die Ursachen für die Heftigkeit der Auseinandersetzung liegen aber tiefer: Die Luxemburger Parteien agieren und agierten (zumal in den 1970er und 1980er Jahren) vor allem als verlängerter Arm ihrer sie jeweils tragenden Interessengruppierungen<sup>15</sup>, gleichzeitig ist Luxemburg eine ausgeprägte Konsensdemokratie. Dieser Konsens der gewöhnlich die Regierung stellenden Parteien beruht darauf, „dass diese gruppenspezifische Interessen in politische Programme übersetzen und keineswegs darauf, dass sie einen öffentlichen Raum im Arendtschen Sinne darstellen“.<sup>16</sup>

Wenig trotz der Konsensorientierung Konflikte auf-treten, funktionierte (und funktioniert) die politische Presse wie ein Ventil für diese Auseinander-



„Brave New School“: Demonstration gegen die Reform des Sekundarunterrichts am 22.03.2012: Die Lehrer fürchten eine durchökonomisierte Schule, die nur noch auf „Output“-Messungen schielt.

setzung - und das natürlich vor allem bei einem emotional so aufwühlenden Thema wie der Reform der Schulen. Das Gesetz zum „tronc commun“ jedenfalls konnte noch im Juli 1979 verabschiedet werden - wenige Wochen vor den Neuwahlen der Kammer und dem Auseinanderbrechen der DP-LSAP Koalition, an dem der heftige publizistische Streit um die „richtige Schule“ nicht ganz unschuldig war. Das Lyzeum in Düdelingen wurde noch vorsichtig zu einer „Testschule“ umgebaut, dann legte der neue konservative Bildungsminister Fernand Boden die „tronc commun“-Initiative auf Eis und dort ist sie bis heute liegengelassen - auch wenn viele ihrer Ideen unter anderem Namen mittlerweile ihren Weg in die Schulpraxis gefunden haben. Die großen, polemisch aufgeladenen und sehr

heftigen Auseinandersetzungen zwischen „Luxemburger Wort“ und „Tageblatt“ dürften in den 1970er und 1980er Jahren eine Verständigung über Schule und Schulreform allerdings eher erschwert als vorangetrieben haben.

## 2000ff.: Pisa und die Ideologie im Zeitalter der Post-Ideologie

30 Jahre später sah das Debattenfeld völlig anders aus: Ökonomischer Druck und eine gewisse Entideologisierung der politischen Auseinandersetzungen haben seit den 1990er Jahren dazu geführt, dass sowohl das „Luxemburger Wort“ als auch das „Tageblatt“ weniger eng entlang der Linien „ihrer“ Parteien argumentieren. So konnte sich die LSAP nach der Kammerwahl von 2004, als sie zum ersten Mal nach 30 Jahren noch einmal das Bildungsressort übernahm, keinesfalls darauf verlassen, dass das „Tageblatt“ als publizistische Verstärkung quasi mit ins *Ministère de l'Education nationale* ziehen würde. Im Wahlprogramm der LSAP spielte die Bildungspolitik 2004 eine herausragende Rolle, man forderte „bessere Noten für unsere Schule“<sup>17</sup> und einen Unterricht, der sich an „Kompetenzen“ orientieren sollte. Zunächst begleiteten sowohl das „Tageblatt“ als auch das „Luxemburger Wort“ die durch die schlechten PISA-Ergebnisse Luxemburgs mit ausgelösten Reformen des LSAP-geführten Bildungsministeriums sehr wohlwollend. Das erste Editorial des „Luxemburger Wort“ zur Schulreform spricht pathetisch von einer Reform „im Namen unserer Kinder“ und glaubt Zeuge einer „Jahrhundertreform“ zu sein. Das „Tageblatt“ titelt einen Tag später „Diese Schulreform ist eine Jahrhundertreform“ und bezeichnet die Veränderungen in der Primarschule als „einen großen Schritt nach vorn“. Bemerkenswert in dieser ersten Phase ist die fast vollständige Abwesenheit von kritischer Berichterstattung - sowohl im „Tageblatt“ als auch im „Luxemburger Wort“. Stattdessen dominierte eine Ereignisberichterstattung, die vor allem die Inhalte von Pressekonferenzen referierte.

Erst als sich der Widerstand und die Begehrlichkeiten der Lehrergewerkschaften öffentlich regten (beispielsweise bei der Reform der Berufslaufbahn und bei der Einführung der neuen Zwischenzeugnisse), begann eine distanziertere Berichterstattung des „Tageblatt“. Eine Berichterstattung, die den Forderungen und Positionen von SNE, SEW und OGB-L breiteren Raum einräumt - freilich vor allem in Form von Interviews oder Berichten, weniger mit Hilfe von Kommentaren oder Reportagen<sup>18</sup>. Eine eigene Position des „Tageblatt“ ist - ganz im Gegensatz zu 1974 - in den Jahren 2004ff. weniger deutlich zu erkennen: Wo in den 1970er und 1980er Jahren politisch-ideologische Streitschriften dominierten, lässt sich jetzt viel Verlautbarungs- und Veranstaltungsjournalismus finden. In der Schulberichterstattung des *Tageblatt* finden sich aber auch etliche Ansätze zu einem professionellen, kritischen Journalismus der Publizistik nicht mit Politik und Polemik vermengt. Der luxemburgischen Schullandschaft tut diese Form der Berichterstattung sicherlich gut und die gesellschaftliche Diskussion um das öffentliche Gut Schule braucht ein Forum zur unaufgeregten, aufklärerischen Diskussion - ob das *Tageblatt* dieses Forum sein wird, werden die nächsten Jahre zeigen. Die Geschichte dieses Blattes zur „Hebung der Volksbildung“ lässt jedenfalls hoffen.

*Cet article parait aujourd'hui dans sa version abrégée. La version complète sera publiée dans le livre „Un journal dans son siècle“ (livre II de la collection „Le siècle du Tageblatt“), qui sortira en novembre 2013.*

\* Dr. Thomas Lenz (geb. 1975) hat Soziologie, Germanistik und Politikwissenschaft an den Universitäten Trier und Köln studiert und als Dozent in Deutschland, den USA und Rumänien gearbeitet. Momentan ist er assistant-chercheur an der Universität Luxemburg und arbeitet dort zu Fragen der Bildungssoziologie.

\* Dr. Peter Voss (geb. 1961) studierte Geschichte und Romanistik an den Universitäten Trier, Bielefeld und Bordeaux III. Nach beruflichen Stationen am Institut für Europäische Geschichte Mainz und am Institut für Demoskopie Allensbach arbeitet er heute als assistant-chercheur an der Universität Luxemburg auf dem Gebiet der Historischen Bildungsforschung.

1. ET, 18.11.1944: „Wir lernen wieder Französisch“.  
2. ET, 9.11.1946: „Sozialistische Schulorgane“.  
3. ET, 25.3.1947: „Der neue Wind im Schulwesen“.  
4. ET, 26.6.1947: „Die Tagung der Föderation des Conseillers socialistes“.  
5. ET, 5.10.1945: „Demokratische Grundsätze in der Schule“.  
6. ET, 25.3.1947: „Der neue Wind im Schulwesen“.  
7. ET, 7.7.1949: „Die pädagogische Ausstellung“.  
8. ET, 26.6.1947: „Ist unsere Schule reformbedürftig? - II“.  
9. ET, 3.9.1947: „Zum Schulbeginn“.  
10. ET, 5.10.1945: „Demokratische Grundsätze in der Schule“.  
11. ET, 26.6.1947: „Ist unsere Schule reformbedürftig? - III“.

12. ET, 26.6.1947: „Ist unsere Schule reformbedürftig? - II“.  
13. Robert Krieps war zunächst von der Sinnhaftigkeit des „tronc commun“ nicht vollständig überzeugt. Ein Abendessen mit einem deutschen Bildungsexperten soll ihn dann „bekehrt“ haben.  
14. So zumindest Guy Linster in einem Gespräch mit dem Autor im April 2013.  
15. Vgl.: Patrick Dumont/Fernand Fehlen/Philippe Poirier (2008), Parteiensystem, politische Parteien und Wahlen. In: Wolfgang H. Lorig/Mario Hirsch (Herausgeber): Das politische System Luxemburg. Eine Einführung, Wiesbaden, S. 154ff.  
16. ebd., S. 155  
17. Wahlprogramm „LSAP - Am Mittelpunkt zum Liewen. Parlamentswahlen 2004“, 6. März 2004, Düdelingen.  
18. Nach wie vor agieren einzelne Medienvertreter auch als Akteure im schulpolitischen Feld und versuchen ihre persönlichen Präferenzen über den Unweg der (staatlich finanzierten) Medien ins tagespolitische Geschäft zu bringen. Dies findet heute aber vor allem in eher randständigen Medien mit geringer Verbreitung statt.